

Irene Götz

Wer oder was wollen „die Deutschen“ heute und morgen sein? Über deutsche, europäische und andere Identitäten

„Vielfalt für Deutschland!“ – einen Tag nach dem Nationalfeiertag des Jahres 2018 forderten Migrantenverbände, dass der Tag der Deutschen Einheit durch einen „Tag der Vielfalt“ ergänzt werde.¹ Denn Migrant*innen seien bei den jährlichen Feierlichkeiten bislang übergangen worden. Deshalb forderten antirassistische Gruppen einen eigenen Feiertag, an dem die positiven Aspekte der Zuwanderung anerkannt und Deutschland als Einwanderungsland herausgestellt werden sollten. Diese Forderung der „Neuen Deutschen Organisationen“ verweist darauf, dass sich in Deutschland zwei Konzepte von „citizenship“ und nationaler Identität – eine traditionale und posttraditionale Identität – gegenüberstehen.



Da ist zum einen der „**ethnos**“-Bezug: „Volk“ wie auch „citizenship“ und nationale Identität bauen hier auf Abstammung und kulturellen Gemeinsamkeiten auf. Am Nationalfeiertag, wo es um die Ost- und Westdeutschen geht, schwingt dieses traditionale Konzept mit, es impliziert Homogenität anstatt Vielfalt und grenzt damit Menschen mit Migrationshintergrund aus, wie diese Verbände kritisieren.

Das alternative, das posttraditionale Konzept, das hier von den Bürger*innen mit Migrationshintergrund sichtbar zu machen gefordert wird, ist an sich kulturblind. Staatsbürgerschaft und auch nationale Identität basieren demnach auf „**demos**“ und bezeichnen die Teilhabe, die sich auf die Rechte und Pflichten als Bürger*in beziehen. Dieses Konzept ist offen für Beitritt und einen Erwerb des Deutscheins (neben der Beibehaltung von eventuell weiteren Identitäten und Pässen), wohingegen die nativistische „ethnos“-Konzeption Staatsbürgerschaft zu einem exklusiven Gut macht.

Beide Konzepte – „ethnos“ und „demos“ – sind mindestens so alt wie die Nationalbewegung. In der 1848er Revolution (wie später auch in der 1989er Revolution) ging es im Zeichen der schwarz-rot-goldenen Flagge um Freiheit und Einheit, um das freie Wahlvolk (demos) und um das deutsche Volk (ethnos). Spätestens im Deutschen Reich, als die staatliche Einheit

¹ Siehe hierzu und auch zu dem hier zitierten Foto <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/migranten-verbaende-fordern-tag-der-deutschen-vielfalt-15818847.html>.

1871 vergleichsweise spät und nur als sog. „kleindeutsche Lösung“ hergestellt worden war, mündete das ethnisch grundierte Konzept in einen ausgrenzenden und überheblichen Kultur-nationalismus, der allerdings nach dem Nationalsozialismus tabu zu sein schien.

Die hier von den „Neuen Deutschen“ inszenierte Forderung einer Anerkennung als Deutsche weist nun darauf hin, dass sich das „demos“-Konzept trotz einer Staatsbürgerschaftsreform vor 20 Jahren keinesfalls im Alltagsverständnis durchgesetzt hat. Deutsch-Türken und andere „Bindestrich-Deutsche“, sind nach gängigen „common sense“-Logiken keine „echten Deutschen“, sondern „Pass-Deutsche“, die dauernd nach ihrer „wirklichen Herkunft“ gefragt werden.² Die aktuellen Rassismusdebatten verweisen auf diese diskriminierenden Folgen des tief verwurzelten „ethnos“-Gedankens. Die seit dem 19. Jahrhundert politisch umkämpften Konzepte der Volks- und Kulturnation sind jedenfalls langlebig. Insbesondere die Neuen Rechten können hier mit ihren einschlägigen Aufmärschen und Parolen an verbreitete Denkstile anknüpfen.

Dieses Eingangsbeispiel soll darauf verweisen, dass die Frage, wer oder was die Deutschen sein wollen, sich zunächst in Alltag und Politik so stellt: Wer soll und darf unter welchen Bedingungen überhaupt Deutscher sein; kann man Deutscher überhaupt werden? Geht es also um Einheit(lichkeit) oder Vielfalt? Wer hat hier die Diskurs- und Deutungshegemonie? Auf der Straße sind dies offensichtlich die Neuen Rechten, die häufig den Kampf der Wendezeit „Wir sind das Volk!“ pervertieren und gegen „die Politiker da oben“ wie auch gegen Zuwanderer richten. Weit weniger sichtbar sind z.B. Gruppen wie die „Neuen Deutschen“ mit Migrationshintergrund in ihrem Kampf um Pluralität und Anerkennung.

Die Debatten um „innere Einheit“, damit verbundene Erwartungen und Enttäuschungen im Zuge der Wiedervereinigung – sie sind Teilaspekte der Frage nach gegenwärtigen und zukünftigen Identitätsentwürfen in einer sich ausdifferenzierenden postmigrantischen Gesellschaft, die als solche Gegenbewegungen nach sich zieht.

Die Debatte, wer oder was „die Deutschen“ sein wollen, muss somit in einen weiteren Rahmen gestellt werden. Dafür spricht, dass sich bereits in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren Wiedervereinigung und Einwanderung als Rahmungen und Trigger der damals neuen Debatte um deutsche Identitäten verschränkten. Damals kehrte diese in Politik, Medien und Alltag zurück, weil Einwanderung vor allem aus der zerfallenden Sowjetunion, aus dem zerbrechenden Jugoslawien und auch Flucht und Vertreibung stark zugenommen hatten. So lässt sich die Frage nach der „inneren Einheit“ zwischen Ost- und Westdeutschen (als ein pauschalisierender und homogenisierender Topos) längst nicht mehr getrennt von der Debatte um den Zusammenhalt einer postmigrantischen Gesellschaft stellen, noch dazu einer Gesellschaft, in der Milieu, Stadt und Land und andere soziokulturelle Binnendifferenzierungen längst wichtiger zu sein scheinen als pauschale Ost-West-Verortungen, wenn es darum geht, wie es den Menschen gelingt, in einer von Globalisierung geprägten Gesellschaft einen Platz zu finden und (plurale) Zugehörigkeiten zu erhalten oder neu zu entwickeln.

² Siehe Götz, Irene: Deutsche Identitäten. Die Wiedervereinigung des Nationalen nach 1989. Köln u.a.: Böhlau 2011. Siehe auch dies.: 'We' and 'The Others' as Constituents of Symbolic Politics: On the Populist Exploitation of Long-lasting Nationalist Sentiments and Resentments Regarding Citizenship in Germany. In: Balkenhol, Markus/van den Hemel, Ernst/Stengs, Irene (eds.): The Secular Sacred. Emotions of Belonging and the Perils of Nation and Religion (=Palgrave Politics of Identity and Citizenship Series), London: Palgrave MacMillan 2020, S. 43-66.

Identitäten werden in posttraditionalen Gesellschaften reflexiv ausgehandelt, sie müssen in den Plural gesetzt werden, weil es bei den Menschen mehr als eine davon gibt. Auf die Ausgestaltung und Zuschreibung von Identitäten nehmen die neuen sozialen Medien und populistische Bewegungen, aber auch sozioökonomische Teilhabechancen, Einfluss. Sie bestimmen den Diskurs darüber, was und wer als Bürger*in teilhaben darf und Anerkennung findet. Ethnos- und demos-basierte Identitäten und „citizenship“-Konzepte stehen sich in verschiedenen Milieus gegenüber, deren Vertreter*innen unterschiedlich gut mit einer reflexiven Auseinandersetzung mit Traditionen, Ortsbindungen und auch ökonomischen Anpassungen an die Wissensgesellschaft zurechtkommen.

So plädiere ich dafür nicht – oder nicht nur – von den ost- und westdeutschen Identitätsdebatten zu sprechen, sondern in einem weiteren Sinne von konfligierenden Vorstellungen von „citizenship“. Es geht um die Richtungskämpfe zwischen „ethnos“- und „demos“-basierten Staatsbürgerkonzepten in der Politik und im Alltag einer europäischen Einwanderungsgesellschaft, die in Deutschland wegen der NS-Geschichte und Wiedervereinigung ein Spezifikum aufweist.

Wiedervereinigung und Einwanderung

Im Zuge der Wiedervereinigung – und nach der 1990 gewonnenen Fußballweltmeisterschaft – hielten außer dem Begriff „Volk“ auch andere lange tabubelastete Begriffe wie „Vaterland“, „Nation“, „Nationalstolz“, „Nationalbewusstsein“ oder auch „deutsch“ verstärkt Einzug in den öffentlichen Sprachgebrauch³ (wie auch die Nationalflagge seither zu solchen Feiern auf den Straßen als Requisit mehr und mehr dazugehört).

Identitätsdebatten hatten im neu gegründeten Nationalstaat mit veränderten Grenzen und einer um die Ostdeutschen und Zuwanderer erweiterten Bevölkerung Konjunktur. Nationale Identität, in den beiden Deutschlands der Nachkriegszeit bis auf die erste formative Staatsgründungsphase⁴ ein Tabuthema, wurde unter neuen Prämissen ein Gegenstand von Reflexion und Repräsentation.

So wurde die „Berliner Republik“ als neue „Marke“ gebrandet. Das neu vereinigte Deutschland in „Europas Mitte“ ist ein Topos, der mit der Wiedervereinigung populär wurde: Deutschland mit seiner historischen Verantwortung in Europa als Motor der Europäisierung. Europäer-Sein als Kernelement einer „geläuterten“ nationalen Selbstpräsentation – mit der Wiedervereinigung wurde dieses Motiv einer eingehegten nationalen Identität gegenüber den skeptischen Nachbarn, die Angst vor Deutschlands neuer Größe hatten, betont.

³ Hermans, Fritz: Deutsche, deutsch und Deutschland. Zur Bedeutung deutscher nationaler Selbstbezeichnungswörter heute, in: Reiher, Ruth/Läzer, Rüdiger (Hrsg.): Von „Buschzulage“ und „Ossinachweis“. Ost-West-Deutsch in der Diskussion, Berlin: Aufbau-Taschenbuch 1996, S. 11-31.

⁴ Wolfrum, Edgar: Der Kult um den verlorenen Nationalstaat in der Bundesrepublik Deutschland bis Mitte der 60er Jahre, in: Historische Anthropologie, Bd. 5 (1997), Nr. 1, S. 83-114.

Hier im Bild eine vom ZDF in Auftrag gegebene multimediale Nation-Branding-Kampagne der Agentur Wolff Olins aus dem Jahr 1999 (Foto: Irene Götz: Berlin, Ausstellung im Zeughaus, Januar 1999):

Die Kuppel des Reichstags ist nicht einfach nur schwarz-rot-gold, sondern trägt auch das europäische Blau. Deutsch und zugleich europäisch als nationales Leitbild.



Im Zuge dieser Debatten um das Selbstverständnis des wiedervereinigten Deutschlands in der „Mitte Europas“ entdeckten Politiker*innen verschiedener Couleurs, Journalist*innen und Wissenschaftler*innen verschiedene Fragen neu. Verhandelt wurden so zum Beispiel, ob eine nationale Identität der Deutschen notwendig und demnach zu entwickeln und zu pflegen sei – etwa, weil ein positiver, „gesunder“ Patriotismus als „Einheitskitt“ fungiere oder weil die selbstbewusste Rückbesinnung auf die „integrative Kraft“ einer „Leitkultur“ gerade auch den Immigranten erst die nötige Orientierung und den nötigen Integrationsanreiz biete. Andere argumentieren, dass der Begriff der Identität und die Identitätsdebatten überflüssig oder sogar gefährlich seien, weil sie Ethnisierungen, Ausgrenzungen und Bekenntniszwängen Vorschub leisteten. Es wurde diskutiert, ob diese Identität zu schwach oder zu stark ausgebildet, beziehungsweise als Gegenstand der Debatte über- oder unterbewertet sei; und es wurde gefragt, ob sie eine verfassungspatriotische und/oder traditionalistisch-kulturalistische, eine gemeinsame oder noch immer geteilte sei oder sein solle.⁵

Entsprechend meinte „Volk“ je nach Kontext und politischer Position einerseits das republikanische „demos“, das sich auf den Straßen in einer „friedlichen Revolution“ von der DDR-Herrschaft befreite; oder es ging um das zu einende Volk, beziehungsweise im Kontext Einwanderung um das „eigene Volk“ im Sinne des „ethnos“-Konzeptes. Die Frage der Nations(neu)bildung des, wie es im Vereinigungsjubel zunächst hieß, *einen* Volkes, das jetzt „zusammenwachsen“ dürfe und müsse, beschäftigt(e) die deutsche und auch die ausländische Öffentlichkeit. Im Kontext des Diskursfeldes um die „innere Einheit“ war häufig wieder die überkommene Vorstellung von der Volks- und Kulturnation die Folie der Argumentation. Hier schien die „ethnos“-Vorstellung die Konzeption eines „demos“ als Fundament der Berliner Republik zunehmend zu überlagern oder abzulösen. Dies ließ sich gerade dort beobachten, wo in der Wissenschaft wie in der veröffentlichten Meinung von der „einen Nation“ mit „zwei Gesellschaften“⁶ die Rede war, wo sich Enttäuschung breit machte, dass dieses Volk der Deutschen eben

⁵ Siehe entsprechende Diskursbelege bei Götz 2011 (wie Anm. 2), S. 145-150.

⁶ Siehe z.B. Kudera, Werner: Eine Nation, zwei Gesellschaften? Eine Skizze von Arbeits- und Lebensbedingungen in der DDR, in: Jurczyk, Karin/Rerrich, Maria S. (Hrsg.): Die Arbeit des Alltags. Beiträge zu einer Soziologie der alltäglichen Lebensführung, Freiburg: Lambertus 1993, S. 133-159; siehe auch Schroeder, Klaus: Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung 2006, Stamsried: Vögel 2006.

doch kulturell, sozial und von seinem Selbstverständnis her nicht „eins“ sei und „das Bild von der Mauer in den Köpfen“ sowie wechselseitige Stereotypisierungen dem „feierlichen Kampfruf der Wendezeit“ – „Wir sind ein Volk“ – Platz machten. Dass dieser Ruf nun in die „Sphäre des sarkastischen Humors“ abrutschte – „Wir sind ein Volk!“, sagt der ‚Ossi‘ und darauf der ‚Wessi‘: ‚Wir auch.“⁷–, lässt sich nicht zuletzt als ein Indikator dafür verstehen, dass das „revival“ der Homogenitätskonstruktion von der anzustrebenden „inneren Einheit“ Gegenbewegungen provozierte. So fanden sich im Alltag rasch neuartige Gruppenbildungen: Der „Ossi“ und der „Wessi“ waren als neue „Ethnien“ geboren, die sich wechselbezüglich durch Abgrenzung konturierten und formierten.

Wie die aktuellen Umfragen zeigen, sind weiterhin bei den Ostdeutschen diese Teil-Identitäten ausgeprägt. Die Erhebungen des „ARD-Deutschlandtrends“ haben am ersten Oktober diesen Jahres 41 Prozent identifiziert, die sich eher als Ostdeutsche fühlen; 55 Prozent eher als Deutsche. In den westdeutschen Bundesländern waren dies 78 Prozent, und nur 16 Prozent gaben an, eher westdeutsch zu sein.⁸ Ostdeutsch meint hier allerdings den Klischees zum Trotz nicht immer ostalgische Haltungen oder ein trotziges Beharren auf z.B. den in der DDR angeblich besseren „Zusammenhalt“, sondern diese Selbstpositionierung erhält bei verschiedenen Vertreter*innen der Wende- und Nachwendegeneration auch eine zukunftsorientierte Gestalt. Angesichts der „Wir sind das Volk!“ skandierenden Rechtsextremen vor Asylunterkünften, angesichts einer offensichtlich noch immer tendenziell anderen politischen Kultur in den neuen Bundesländern, haben sich 30 Jahre nach dem Mauerfall Initiativen wie „Wir sind der Osten“ gebildet, mit denen hippe Vorbilder für selbstbewusste ostdeutsche Identitäten medial inszeniert werden. Sie sollen „Mut“ machen und zeigen, was in Ostdeutschland mit Kreativität und Offenheit alles möglich ist; sie wollen die Ostdeutschen, die immer noch zu Unrecht als „einheitliche Masse“ dargestellt würden, aus der „traurigen Schmutzdecke“ herausholen.⁹

Bereits zu Beginn der 1990er Jahre war die unerwartete Konjunktur der Frage nach (nationalen) Identitäten in Feuilletons, Talkshows und Symposien von linksliberal eingestellten Wissenschaftlern und Politikern kritisch als problematische „Renationalisierung“ oder Rückwärtsgewandtheit gewertet worden, die sich insbesondere auch anlässlich der zahlreichen Jubiläen und Gedenktage und der Wiederentdeckung des kulturellen Erbes in den nationalen Geschichtsmuseen zeige.¹⁰

Leicht möglich war die Re-Formulierung nationaler Fragen nach 1989 jedoch schon allein deshalb, weil die Vorstellung, eine homogene Volks- und Kulturnation zu sein, im „common

⁷ Zitiert nach Bausinger, Hermann: Typisch Deutsch. Wie deutsch sind die Deutschen? München: C.H.Beck 2000, S.128.

⁸ Siehe <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-2345.html>.

⁹ Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=uhq9wFISd0U>.

¹⁰ Die Rückbezüglichkeit auf die nationale Geschichte durch die Gründung des Deutschen Historischen Museums war dabei seit der Ära Kohl bereits in den 1980er Jahren in Sinne einer Stärkung einer spezifisch deutschen Identität gedacht; mit der Wiedervereinigung wurde den negativen Erinnerungsorten – Militarismus, Naziherrschaft, Flucht und Vertreibung 1945 – ein neuer positiver Erinnerungskontext hinzugefügt; der Mauerfall und die „friedliche Revolution“, wie sie später in den Geschichtsbüchern im Sinne eines Befreiungskampfes des DDR-demos genannt wurde. Dieser neue vielfach gefeierte Grund für die Rückkehr des Nationalen kam jedoch in dieser Fülle vielen linksliberalen Intellektuellen, die wie Jürgen Habermas oder Ulrich Beck in den 1980ern eine postnationale Weltkonstellation heraufdämmern sahen, als gefährliche Überraschung nach den eher antinationalen Nachkriegsjahren. Siehe Jarausch, Konrad: Normalisierung oder Re-Nationalisierung? Zur Umdeutung der deutschen Vergangenheit, in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 21 (1995), Nr. 4, S. 571-584, hier S. 576 ff.

sense“-Wissen selbstverständlich war. Schließlich war Deutschland ja auch nach dem Krieg durch die Vertreibungen der Nazis, durch Völkermord und nazistische Assimilierungspolitik tatsächlich zunächst eine homogenisierte „weiße“ Gesellschaft geworden, in der in der BRD ein Staatsbürgerschaftsgesetz von 1913 bis zur Reform im Jahr 2000 Abstammung als Grundlage von „citizenship“ definierte. Auch sollte sich in Helmut Kohls Bonner Republik, trotz oder wegen der extrem steigenden Zahlen an Einwanderern vor allem seit den 1980er Jahren, keinesfalls als Einwanderungsland verstehen. In der ehemaligen DDR gab es ebenfalls keine integrierende Einwanderungspolitik, die kleine Zahl der Vertragsarbeiter*innen aus „befreundeten“ sozialistischen Ländern betreffend. Und nationale „gesamtdeutsche“ Debatten waren in der internationalistisch orientierten DDR ebenfalls nach und nach tabu; es setzte sich dort die Vorstellung von zwei deutschen Nationen offiziell durch, wenngleich diese Vorstellung im Alltag keinesfalls angekommen war.

Was die Anerkennung von Einwanderung und die politischen Konsequenzen für die Staatsbürgerschafts- und Identitätsdebatten dieser Zeit anbelangt, so kam es im wiedervereinigten Deutschland erst im Jahr 2000 zu der als Meilenstein geltenden entsprechenden Reform durch die damalige rotgrüne Bundesregierung. Sie verabschiedete das umkämpfte neue Staatsbürgerschaftsgesetz, das die „ethnos-Konzeption im Sinne des „ius sanguinis“ aufweichte und Zuwanderern die Beantragung des Passes erleichterte. Die eingangs vorgestellte alternative „Einheitsfeier“ verweist allerdings darauf, dass sich Zugehörigkeit nicht so selbstverständlich durch die formale Staatsbürgerschaft ergibt, wie es sich Rotgrün seinerzeit durch diese Reform erhofft hatte.

Die Vorstellung nämlich, dass Deutschsein eine Frage der deutschen Eltern ist, und Deutschland kein Einwanderungsland, ist langlebig. Sie wird – verstärkt seit die Asylbewerberheime in Mölln und Rostock-Lichtenhagen zu Beginn der 1990er Jahre brannten, immer weiter durch die Zunahme rechtspopulistischer Aktionen befeuert. Die AfD beutet inzwischen auf breiter Front eine widerständige ostdeutsche Identität, die sich als Kampf gegen das „System“ formiert, zusammen mit ausländerfeindlichen Haltungen aus.

Andererseits zeigten sich auch stets Gegenbewegungen in der Politik und auf der Straße und auch formalrechtliche, geschichts- und bildungs- sowie symbolpolitische Ansätze hin zu einer Anerkennung der postmigrantischen Gesellschaft als Kern eines Selbstverständnisses (in) Deutschland(s) – dies freilich in anderen Milieus und offiziöseren Kontexten, etwa wenn ein Bundespräsident in einer viel beachteten Rede den Islam als Teil Deutschlands bezeichnete¹¹ oder Einwanderungsgeschichte einen festen Platz in Museen erhält oder wenn Migrant*innen als erfolgreiche Unternehmer*innen in Nation-Branding-Kampagnen zu neuen deutschen Vorzeige-Bürger*innen geadelt werden.

Paradigmatisch für dieses neue Leitbild deutscher Identität, das den „Verfassungspatriotismus“ und nicht mehr die „Leitkultur“ zur Grundlage nimmt, ist der symbolische Akt zur Feier des 65. Jahrestages des Grundgesetzes im Jahr 2014, als der Schriftsteller Navid Kermani die Festrede im Bundestag hielt und darauf verwies, wie beachtlich sich Deutschland geöffnet hat: Er, als Kind von Einwanderern, noch dazu als Nicht-Angehöriger einer Mehrheitsreligion, dürfe hier die Festtagsrede halten, was nicht in vielen Ländern der Welt möglich sei. Also doch

¹¹ Wulff, Christian: Vielfalt schätzen – Zusammenhalt fördern. Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit. Siehe http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101003_Redde.html.

ein zumindest symbolischer Sieg des „demos“-Konzeptes? Ja und nein. Auch Kermani verwies darauf, dass keinesfalls alles hier bereits gut sei angesichts der Unterscheidung von „erwünschten“ und „unerwünschten“ Einwanderern und bezog sich u.a. auf die Flüchtlinge vor den Toren Deutschlands und Europas.¹²

Bei der Betrachtung des symbolpolitischen Kampfes zwischen „demos“ und „ethnos“ drängt sich das Bild des Glases auf, ist es hierzulande nun halb leer oder halb voll? Vor 20 Jahren hätte ich hier optimistischer geantwortet. Angesichts der Zunahme von Rassismus und Antisemitismus, von Pegida, der Identitären Bewegung und dem Aufstieg der AfD, ist es mittlerweile jedoch schwer, die Hoffnung zu bewahren, dass sich die Anerkennung von Deutschland als „demos“-basierter postmigrantischer Gesellschaft mit entsprechenden pluralen Identitäten allmählich schon in den Köpfen durchsetzen werde.

„Anywheres“ und „Somewheres“ – Wertekonflikte und soziale Spaltungen

Welche Rolle Ost- und Westdeutsch-Sein in der Zukunft spielt, ist gerade vor der Rahmung der Debatte um die postmigrantische Gesellschaft und deren „Vielfalt“ eine wichtige Frage. Werden die Unterschiede zukünftig zunehmend entlang anderer Linien als „Ost“ und „West“ beziehungsweise „Bio-Deutsche“ und „Bürger*in mit Migrationshintergrund“ verhandelt? Hier scheinen die Überlegungen des britischen Publizisten David Goodhart bedenkenswert. Er unterscheidet in seinem Buch „The Road to Somewhere“ zwei Wertegruppen, die „somewheres“ und die „anywheres“ und erklärt damit das Erstarken des Populismus in Zeiten von Trump und Brexit.¹³ Die „somewheres“ seien eher in ländlichen Regionen und kleinstädtischen Milieus zu finden, sie seien stark an territoriale Identitäten gebunden, die nicht einfach transferierbar sind und sie teilten ihre sozialen Rechte und Pflichten lieber mit den eigenen Leuten als mit Neuankömmlingen und Migranten. Laut Goodhart machten die „somewheres“ in Britannien etwa 25 Prozent der Bevölkerung aus, wobei sich diese Gruppe in den letzten 30 Jahren angesichts des Siegeszuges eines doppelten Liberalismus – Wirtschaftsliberalismus und politischer Werteliberismus – abgehängt fühle. Die „anywheres“, die diesen Liberalismus gemäß ihres eigenen „mindsets“ als gut ausgebildete Wissensarbeiter*innen vorantrieben und als mobile Eliten überall leben könnten, hätten die Gesellschaft nach ihren liberalen Werten umgestaltet und dabei auf die „somewheres“ wenig Rücksicht genommen. Die „anywheres“ mit ihren „achieved identities“, ihrem Kosmopolitismus und ihren schwächeren Bindungen an lokale Traditionen würden auf die „somewheres“ herabsehen, die sich nicht ernst genommen fühlten und von der politischen Klasse abwendeten.

Das liest sich fast so, als würde hier über die „Wessis“ und ihre herablassende Haltung gegenüber den „Ossis“ geschrieben, was sicher eine zu pauschale Gleichsetzung ist. Doch es geht ein solcher „value divide“, wie in Goodhart für Britannien konstatiert, auch durch Deutschland. In den strukturschwächeren Provinzen in Ost- wie auch Westdeutschland fühlen sich die weniger Mobilien von der Transformation der Gesellschaft nach 1989 überrollt, wie oft beschrieben worden ist. Nun kann man diesen Gruppen nicht pauschal „ethnos“-basierte Identitäten zuzuschreiben. Sicher sind überdies, wie es der Zukunftsforscher Matthias Horx in einer

¹² Kermani, Navid: Rede zur Feierstunde „65 Jahre Grundgesetz“. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/280688-280688>.

¹³ Siehe Goodhart, David: The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics, London: C. Hurst & Co 2017.

Review von Goodharts Buch ausdrückte, weder die „anywheres“, die mobilen Großstädter, Kreativen und „Latte-Machiato-Trinker“ völlig frei von traditionellen Orientierungen und Bindungen, noch sind die „somewheres“, die sich in Hochhausghettos und abgehängten Dörfern finden, ausschließlich xenophobe Chauvinisten.¹⁴ Doch macht der oft kritisierte Ansatz Goodharts nachdenklich, weil er selbstreflexiv die eigenen scheinbar universalistischen liberalen Werte als partikular diagnostiziert und weil er kulturelle Argumente – die Frage der Identitäten – in die oft zu einseitig auf ökonomische Spaltungen reduzierte Debatte bringt.

Sicherlich verlaufen in Deutschland die Spaltungen, die mit unterschiedlichen Identitätselementen einhergehen, längst quer zu Ost und West. Stadt und Land, aber auch Bildung, Mobilitätskapital, Lebensalter, Geschlecht und die Möglichkeiten, vielleicht sogar, wenn gewünscht, am Heimatort ein Auskommen zu finden, sind hier relevante Größen. Sie beeinflussen, wie man sich zu Zuwanderung und Öffnung, aber auch einfach nur zu den Anforderungen der postfordistischen Arbeitswelt und Politik stellen kann. Die Journalistin Ulrike Nimz konstatierte am 3. Oktober 2020 in der SZ, dass „im Osten des Landes anders gewählt wird“, habe „weniger mit Treuhand-Trauma oder persistierendem Autoritarismus zu tun als mit millionenfacher Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen. Sie fehlen auf der Straße, in den Parlamenten, in den Dörfern. [...] Wo aber die politische Mitte entvölkert ist, können Rassisten unwidersprochen behaupten, das Volk zu sein.“¹⁵

Wer oder was wollen „die Deutschen“ heute und morgen sein?

Eindeutige regionale Zuordnungen von traditionellen und posttraditionalem Identitäten werden gleichwohl zunehmend obsolet. „Die Deutschen“ gibt es nicht, auch „die Ostdeutschen“ gibt es nur als „mit geradezu therapeutischem Eifer“ oder paternalistisch beschriebenes, medial imaginiertes Kollektiv, wie Ulrike Nimz über die „Mär vom Osten“ schreibt (SZ, s.o.). So werden Ostdeutsche seit 30 Jahren als die „Jammernden“, „Unzufriedenen“ und auch „ökonomisch Benachteiligten“ und entsprechend zunehmend als die „Politikverdrossenen“ gezeichnet. Der Soziologe Detlef Pollack¹⁶, selbst wie Nimz aus Ostdeutschland, vertritt in seinem Buch über das „unzufriedene Volk“ die These, dass dessen Macht gerade darin liege, zu SED-Zeiten wie auch in der Gegenwart aus seinem medial aufgebauchten Opferstatus Kapital zu schlagen.

Die Medien pauschalisieren sicherlich mit ihren Zuschreibungen und zu viel Solidarisierungsgerede mit den angeblich „allzu Benachteiligten“ verkennt die vielen Erfolgsgeschichten, die es in den neuen Bundesländern längst zu verbuchen gibt. Doch tatsächlich gibt es andererseits die „Misere des Ostens“ ja auch: man denke an die „Entkoppelten“, die keine Chance fanden, in ihrer vertrauten Nahwelt, die sich rasch veränderte, wieder Fuß zu fassen, oder an die besser Ausgebildeten, die nach der Wende weniger gut ausgerüstet für den kapitalistischen Wettbewerb waren als diejenigen meist westdeutschen „Anywheres“, die mit einer oft misslungenen Strukturpolitik Unternehmen, Ämter und ganze Innenstädte übernahmen; noch

¹⁴ Horx, Matthias: Somewheres & Anywheres (ohne Datum).

<https://www.zukunftsinstitut.de/artikel/wohnen/somewheres-anywheres/>.

¹⁵ Nimz, Ulrike: Mauern im Kopf, in: Süddeutsche Zeitung vom 2.–4. Oktober 2020, S. 4. Siehe auch <https://www.sueddeutsche.de/politik/wiedervereinigung-osten-versaemnisse-fortschritt-1.5051517>.

¹⁶ Pollack, Detlef: Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiment von der friedlichen Revolution bis heute. Berlin: transkript 2020.

immer sind „ostdeutsche Biografien in gesamtdeutschen Institutionen beschämend unterrepräsentiert“.¹⁷ Dies haben sie übrigens mit migrantischen Biografien gemein.

So votiert eine zunehmende Gruppe der „Politikverdrossenen“ als Protestwählerschaft für die AfD und ihr völkisches Gedankengut und treibt damit die alten Volksparteien vor sich her. Der „ARD-Deutschlandtrend“ vom 1. Oktober 2020 ergab, dass 49 Prozent der Ostdeutschen mit der Demokratie in Deutschland nicht zufrieden sind; in Westdeutschland waren dies nur 31 Prozent.¹⁸

Wird mittelfristig das Ende des Liberalismus und die Gefährdung unseres „demos“-basierten Staatskonzeptes drohen? Werden die Populisten siegen, die einem emotional aufgeladenen semantischen Feld aus Volk („ethnos“), Nation, Region und Tradition als Grundpfeiler eines imaginativen „heartland“ das Wort reden?¹⁹ Wieweit können die „anywheres“, die bislang zu wenig von den Nöten der „somewheres“ und deren restaurativen Sehnsüchten verstanden, hier endlich gegensteuern? Was lässt sich hier zukünftig tun?

Medienschelte an vereinfachenden Solidarisierungen mit dem „unzufriedenen Volk“ (Dettelef Pollack), die selbst wieder vereinfacht, scheint hier genauso wenig zielführend wie überhaupt kurzfristige Schuldzuweisungen oder die Versuche der politisch Verantwortlichen, auf den populistischen Zug aufzuspringen. Tatsächlich sollte politisch da angesetzt werden, wo sich die ja tatsächlich vorhandene soziale und kulturelle Spaltung ein Stück weit ausgleichen lässt. Hier ist zu erinnern an die Klassenkompromisse des Fordismus, als die Arbeiterschaft mit höheren Löhnen und bezahlbaren Wohnungen mit Demokratie und Marktwirtschaft im Sinne eines „D-Mark-Nationalismus“ versöhnt wurde. Erziehung zu Demokratie ging im „Wirtschaftswunder“ des Westens nicht ohne den „Wohlstand für alle“, durch den das neue politische System der BRD nach der Nazizeit nach und nach akzeptiert wurde (und im Gegenteil, die wenig erfolgreiche sozialistische Planwirtschaft bedingte letztlich den Abfall der Bürger*innen und den Systemwechsel). Hier wäre nachzudenken, wie sich zukünftig an die postfordistische Erwerbs- und Lebenswelt angepasste Formen der Vergesellschaftung vor Ort, besonders in den von Abwanderung gezeichneten Regionen, ausbilden lassen könnten, bzw. etwa gewerkschaftliche oder andere Institutionen an Einfluss gewinnen.

Dabei erscheint die Kluft zwischen den gesellschaftlichen Gruppen eben nicht als eine rein sozioökonomische, sondern, worauf Goodhart hinwies, auch als eine kulturelle. Brauchen wir somit außer Debatten über sozialen Ausgleich des Weiteren kulturelle, also auch nationale oder regionale Identitätsdebatten?

Dazu ein Gedanke zum Schluss, der „demos“ und „ethnos“ ein Stück weit aussöhnt und nationale Identitäten als posttraditionale Identitäten mit zugleich traditionellen Einsprengseln neu vermittelt: Wir sollten das Nationale in diesem Sinne nicht den neuen Rechten überlassen, sondern mit Merkmalen befüllen, die, wie es der deutsch-amerikanische Politologe Yascha Mounk 2018 in einem SZ-Interview ausdrückte, möglichst viele und vieles einbinde. Hier plädiert er nicht nur für die Vermittlung des Stolzes auf das politische System (auch wenn es in mancher Hinsicht reformiert gehöre) und andere verfassungspatriotische Gehalte im Sinne des „demos“ (die in einem Demokratie-skeptischen Teil der Bevölkerung offensichtlich noch

¹⁷ Wie Anm. 15.

¹⁸ Wie Anm. 8.

¹⁹ Taggart, Paul: Populism and Representative Politics in Contemporary Europe, in: Journal of Political Ideologies, 9/3 2004.

immer nicht verstanden werden), sondern er bezieht sich vielmehr auch darauf, „den Kreis, die eigene Gruppe so weit wie möglich auszuweiten. [...] Und das funktioniert am besten, wenn wir es den Menschen ermöglichen, gleichzeitig viele verschiedene Identitäten auszuleben“ – als Mitglieder der Familie, Anhänger einer Region, als Bayer oder Sachse. „Und zugleich kann ich mich auch als Deutscher und als Europäer verstehen“, zu ergänzen wäre als Deutscher und zugleich als Türke, Syrer etc. Dabei sei eine nationale Rahmung weiterhin wichtig für gesellschaftliche Solidarisierungseffekte; denn die globale Identifikation überfordere die meisten Menschen.

Diese „Domestizierung des Nationalismus“ kann, auch das betont Mounk, nur ein Baustein im Zuge von Reformen sein, die den Menschen auch sozial und politisch das Gefühl der Kontrolle wieder zurückgeben. Auch er ist im Übrigen wie viele überzeugt, dass sonst die liberale Demokratie als Basis von offenen Identitäten nachhaltig in Gefahr ist, falls diese Aussöhnung nicht geschieht.²⁰

Um auf das Eingangsbeispiel zurückzukommen: „Innere Einheit“ – verstanden als politisches Konzept im Sinne des „demos“ – setzt die Anerkennung von kultureller Vielfalt und pluralen Identitäten in einem soziokulturell diversen Deutschland voraus, in dem dringend in manchen Milieus das Verständnis für die Errungenschaften des Rechtsstaates verbessert werden muss – etwa durch verstärkte politische Bildung in den Schulen. Außerdem und zuvörderst muss an den Teilhabechancen in diesen Milieus gearbeitet werden, ohne die eine Akzeptanz demokratischer und liberaler Strukturen offensichtlich schwer ist. Dies gilt sowohl für viele Ostdeutsche als auch für manche Migrant*innen.

Kontakt:

Prof. Dr. Irene Götz

Professorin am Institut für Europäische Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie

Fakultät für Kulturwissenschaften

Ludwig-Maximilians-Universität München

irene.goetz@lmu.de

²⁰ „Die liberale Demokratie zerfällt gerade“, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. Februar 2018. <https://www.sueddeutsche.de/politik/populismus-demokratie-bricht-auseinander-1.3860653-1>.